









kam zu einem politisch motivierten Massenmord, dem 100.000 Menschen zum Opfer fielen. Neuere Zahlen sprechen sogar von mehr als einer Million Opfern. Dies ist eine historische Erblast, die noch heute in Indonesien gänzlich verdrängt und tabuisiert ist. Der Oberbefehlshaber Muhamed Suharto wurde der neue Präsident im Land und ist für diesen Völkermord verantwortlich. Es gab Internierungslager und Schauprozesse und die völlige Ausschaltung der politischen Opposition. Die fortwährenden Menschenrechtsverletzungen hinderten die westlichen Industrienationen aber nicht, mit diesem Diktator ein freundschaftliches Verhältnis aufzubauen. Im Zeichen von Korea- und Vietnamkrieg nahm man es nicht so genau mit den Bündnispartnern. Für Amerika wurde Indonesien zum wichtigen Handelspartner, der das Bollwerk gegen die Ausbreitung des Kommunismus werden sollte. Auch Deutschland brachte sich ins Spiel und Bundeskanzler Helmut Kohl verband mit dem indonesischen Diktator nach eigener Aussage eine lebenslange Freundschaft und er lud ihn 1991 zu einem offiziellen Staatsbesuch ein. Dankbar nahm Suharto die Waffenlieferungen aus den USA und Europa an, um diese 1975 zur völkerrechtswidrigen Besetzung von Osttimor einzusetzen. Die ehemalige portugiesische Restkolonie im Inselstaat erklärte ihre Unabhängigkeit um gleichzeitig von der indonesischen Armee besetzt zu werden. Die daraus resultierende Auseinandersetzung kostete 60.000 Osttimorern das Leben, was 10 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach. Erst 2002 sollte Osttimor unabhängig werden. Während Präsident Sukarno noch eine linksgerichtete nationalistische Politik betrieb, wandte sich Suharto ganz dem Wirtschaftsliberalismus zu und öffnete die Märkte für den Westen. Dies sollte sich mit der Asienkrise 1997 bitter rächen. Indonesien wurde auch zum Schauplatz der Spekulation und der Finanzhaie. Die asiatische Finanzblase war geplatzt und die südasiatischen Staaten hatten mit deren Folgen zu kämpfen. Kredite, in Fremdwährung aufgenommen, wurden durch den Kurszerfall nicht mehr rückzahlbar. Der IWF zwang die indonesische Politik zu rigiden Sparmaßnahmen, was natürlich auch zu einer massiven Verteuerung der Lebenshaltungskosten führte. Darüber hinaus nahm die Korruption rund um den Clan des Präsidenten solche Ausmaße an, dass man von einer Ausplünderung des Staates sprechen konnte.

Nach dem Ende seines Regimes wurde Suharto wegen Korruption vor Gericht gestellt. Ihm wurde vorgeworfen, mindestens 571 Millionen US-Dollar öffentlicher Gelder veruntreut zu haben. Am 28. September 2000 wurde das Verfahren aus Gesundheitsgründen eingestellt.

Wenn uns die Medien auch heute eine Aufbruchsstimmung und eine demokratische Entwicklung Indonesiens suggerieren, teile ich diesen Optimismus nicht. Immer wieder treffen terroristische Anschläge das Land, eine radikale islamistische Bewegung möchte die Scharia als Rechtsgrundlage einführen und die neoliberale Politik sorgt für einen Raubbau und damit nach wie vor für eine Ausplünderung des Landes. Großkonzerne sind dafür verantwortlich, dass in Indonesien am Tag mehr Regenwald verschwindet als in Brasilien und die riesigen Palmölplantagen zerstören mit der damit verbundenen Monokultur die einst so fruchtbaren Böden.

Die Süddeutsche Zeitung schreibt in ihrer Ausgabe vom Montag, dass in Indonesien das Unwahrscheinliche Wahrheit geworden ist. Der Autor des Artikels blickt auf ein Land, das er als demokratisch gefestigt ansieht, das zu seiner Einheit steht und der Pluralismus ein Erstarken des Islams und des Separatismus verhindern wird. Als Zeugen führt er junge Lyriker an, die in poetischer Form schon zu Regierungszeiten Suhartos Kritik geäußert haben und Frauen, die sich mit einer neuen, erfrischenden Sprache in das politische Geschehen einmischen. Es bleibt zu hoffen, dass der Journalist Recht behält und der Auftritt Indonesiens auf der Frankfurter Buchmesse auch im Heimatland der doch sehr marginalen Verbreitung von Literatur zum Anschlag verhilft.